



Gedenken an die Pogromnacht 1938

Seite 2

EUCOM und AFRICOM sollen verlegt werden

Seite 3

SDAJ zur OB-Wahl in Stuttgart

Seite 4

Proteste gegen Job-Vernichtung bei Daimler in Untertürkheim – Parkhaus „gekapert“



Mitte September wurden die Pläne der Konzernleitung bekannt, die drastische Einschnitte in den Werken in Untertürkheim und Berlin vorsehen. In Untertürkheim sollen bis 2025 rund 4.000 Stellen wegfallen, das ist jeder 5. Arbeitsplatz. In Berlin ist von 1.000 bis 2000 Arbeitsplätzen die Rede bei insgesamt 2500 Beschäftigten. Dies sind die ersten beiden Werke mit konkret benannten Abbauplänen. Insgesamt sollen bei Daimler die nächsten Jahre 30.000 Jobs vernichtet

werden – trotz „Zukunftssicherung 2030“, trotz 3 Mrd. Gewinn im dritten Quartal 2020! Im Sommer wurde bereits ein Sparpaket verabschiedet. So wird u.a. ab 1. Oktober für ein Jahr befristet die Arbeitszeit für Beschäftigte der Verwaltung und der indirekten Bereiche um 2 Stunden verkürzt – und zwar ohne Entgeltausgleich. Das sind fast 6 Prozent weniger Lohn! Jetzt wurde die nächste Runde der Angriffe gestartet!

Fortsetzung Seite 3

Vor 82 Jahren wurden die Synagogen in Brand gesetzt

Am 9. November 1938 brannten die Synagogen, auch die in Cannstatt – hier angezündet vom Leiter der Feuerwache, zwei Feuerwehrleuten und einigen Nazis. Der Antisemitismus (korrekter: Anti-Judaismus) ist ein uraltes Instrument zur Schaffung von „Sündenböcken“, zur Ausgrenzung von Bevölkerungsgruppen und zur Spaltung, wie der Anti-Islamismus und der Rassismus überhaupt. Vor 85 Jahren wurde der Antisemitismus zum Gesetz gemacht – mit den Nürnberger Rassengesetzen. Darin wurde der „Reichsbürger“ neu definiert. Die Person

musste „deutschen oder artverwandten Blutes“ sein und außerdem durch ihr Verhalten beweisen, dass sie „gewillt und geeignet ist, in Treue dem deutschen Volk und Reich zu dienen.“ Diese Gesetze dienten nicht nur der Ausgrenzung jüdischer Menschen, sondern auch der ideologischen Vorbereitung der deutschen „Volksgemeinschaft“, sowie zur Schaffung einer Unmenschlichkeitsmoral, die der deutsche Faschismus für die Vorbereitung seines Vernichtungskrieges brauchte.

Fortsetzung Seite 2

Wie dreist ist das denn?!

Der Bund hat ein Corona-Konjunkturpaket aufgelegt, angeblich um die Folgen der sogenannten „Corona-Krise“ (eigentlich aber die Krise der kapitalistischen Produktionsweise) abzumildern. Darin enthalten sind 10 Milliarden für vorgezogene „Rüstungsprojekte mit hohem deutschen Wertschöpfungsanteil“ und eine weitere halbe Milliarde für ein „Zentrum für Digitalisierung und Technologieforschung bei der Bundeswehr“. Und für die Beschäftigten in der Pflege? Applaus – von dem aber keiner satt wird. Dafür haben der Bund und die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeber die Gewerkschaftsforderungen nach 4,8% mehr Entgelt, mindestens aber 150 Euro im Monat zurückgewiesen. VKA-Präsident Ulrich Mägde spricht von Mehrkosten von mindestens 5,7 Milliarden Euro: "Die Kassen sind leer, einen Verteilungsspielraum sehe ich nicht." Wir aber schon: Seit Aussetzung der Vermögenssteuer 1996 entgehen uns allen jährlich rund 20 Milliarden Euro. Und beispielsweise Dieter Schwarz (Eigentümer von Lidl und Kaufland) konnte sein Privatvermögen in den letzten 12 Monaten um 300 Millionen auf 41,8 Milliarden Euro steigern. Die Militärausgaben lagen letztes Jahr bei über 50 Milliarden. Geht's noch? Geld ist genug da! Jetzt kämpfen, damit nicht wir für ihre Krise zahlen müssen!

Die **DKP** kandidiert zur Bundestagswahl 2021!

Formblatt zur Kandidatur-Unterstützung:
<https://dkp-bw.de/2020/09/wahlen/>

Impressum
DKP
Deutsche Kommunistische Partei Kreis Stuttgart
Böblinger Str. 105
70199 Stuttgart
www.dkp-stuttgart.org

Antisemitismus nimmt wieder zu

Irrationale Erklärungsmuster funktionieren noch und nehmen in der Krise zu. Der wachsende Irrationalismus hat System. Durch Verschleierung der Krisenursachen wird bewusst abgelenkt und verwirrt. Da arbeiten Bundesregierung und „Querdenker“ Hand in Hand. Von Regierungsseite wird die Propaganda verbreitet, Corona sei die Ursache der Krise. Dabei wird verschwiegen, dass die kapitalistische Krise schon vor Corona deutlich zu erkennen war. Von „Querdenkern“ wird der Lockdown für die Rezession verantwortlich gemacht. Beide lenken von den wirklichen Ursachen ab und sind sich in ihrem Antikommunismus einig. Geistige

Brandstifter, die nicht enttarnt werden sollen, sitzen in Polizei, Justiz und Geheimdiensten. Es soll die Erkenntnis verhindert werden, dass die zunächst ökonomische Überproduktionskrise zum Kapitalismus dazu gehört – sein Bewegungsgesetz ist. Die Lasten dieser Krise sollen – spätestens nach der Bundestagswahl 2021 – mit voller Wucht auf die Bevölkerung abgewälzt werden.

Es riecht nach Krieg!

2021 jährt sich der Überfall von Nazi-Deutschland auf die Sowjetunion zum 80. Mal. Übrigens wurde kurz danach, Anfang 1942, der Plan für die vollständige Ausrottung der Juden, also die Ermordung von 11 Millionen Menschen jüdi-

schen Glaubens in Deutschland und den okkupierten Gebieten ausgearbeitet. Und heute: Trotz Corona-Pandemie und wachsender Armut wird die Bundeswehr in gigantischem Ausmaß weiter aufgerüstet. Geht es nach dem Chef der Münchner "Sicherheits"konferenz Ischinger sollen die Militärausgaben auf 3% des BIP erhöht werden. Das wären über 100 Mrd. Euro oder etwa 30% des Bundeshaushalts. Die Militärausgaben Russlands liegen zum Vergleich bei 64 Mrd. Euro. Und die Luftwaffe trainiert im Rahmen der geheimen Nato-Übung "Steadfast Noon" den Einsatz von Nuklearwaffen. Das neue Feindbild ist das alte: Russland. **Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!**

Gedenken an die Pogrom- nacht 1938

**9. November 2020 um 18.00 Uhr
auf dem Cannstatter Marktplatz**

**Anschließend Demonstration
zum Platz der ehemaligen Syna-
goge zur Kranzniederlegung
um 19 Uhr**

König-Karl-Straße 45/47 – Nähe Wilhelmsplatz

Um 19.30 Uhr im Verwaltungsgebäude des
Bezirksrathauses (Marktplatz 10, Cannstatt):

**Abendveranstaltung* über das
Konzentrationslager Buchenwald mit
einem Vortrag von Ulrich Schneider
und musikalischer Begleitung**

*Leider nur mit voriger Anmeldung möglich.



Alle Infos auf: pogromnachtcannstatt.wordpress.com

Provokationen ohne Ende

Der Standort Untertürkheim sei zu teuer, deshalb würde die Produktion nach Osteuropa verlagert werden, so die Konzernleitung. Viele in der Vergangenheit getroffene Vereinbarungen will der Daimler-Vorstand kippen. In der Information des Untertürkheimer Betriebsrates heißt es: „Ein Katalog voller Provokationen, der für uns nicht in Frage kommt.“ Es geht bei dieser Runde der Arbeitsplatzvernichtung nicht um Folgen der „Transformation“ oder Umsatzeinbrüche, sondern um Verlagerung in Billiglohnländer, um höhere Profite zu erzielen.

Angriff auf die gesamte Region

Am 8. Oktober protestierten mehrere Tausend Daimler-KollegInnen bei sechs Kundgebungen jeweils in der Früh- und Spätschicht in den Werksteilen Mettingen, Untertürkheim und Hedelfingen. Ein einfacher Protest auf dem Werkgelände war den Mettinger KollegInnen zu banal. Sie wollten mal wieder was Spektakuläres machen. Deshalb „kaperten“ sie das nächstgelegene Parkhaus. Über 2000 zogen entschlossen Richtung Parkhaus, die Straßen und Kreuzungen sperrten die Kollegen selbst, Polizei brauchen sie

dazu nicht, das haben sie schon 2004 bei der Besetzung der Bundesstraße 10 zwischen Mettingen und Untertürkheim bewiesen. Selbstermächtigung eben! Mit dabei auch 150 Azubis, die für eine Zukunft im Werk kämpfen. Die Stimmung ist kämpferisch, die Reden ebenso.



Ein großes Transpi am Parkhaus sagt klar und deutlich: „Kampffähig trotz !!!Corona!!!“ Es gibt Solidaritätsgrüße von den am gleichen Tag streikenden SSB-KollegInnen. Für den Sprecher der SSB-Vertrauensleute ist der Angriff auf die Daimler-Kollegen „ein Angriff auf uns alle, auf die ganze Region, der gemeinsam zurückgeschlagen werden muss. Die ganze Region steht hinter euch, ihr steht nicht allein.“ In der Solidaritätserklärung der Vertrauenskörperleitung vom Daimler-Werk in Wörth heißt es: „Wir haben diese Strategie durchschaut

und sehen den Angriff auf Euch als Provokation der gesamten Daimler-Belegschaft. Wir halten es deshalb für dringend geboten, dass wir als gesamte Daimler-Belegschaft diesen und weitere Angriffe auf unsere Standorte und Arbeitsplätze gemeinsam zurückweisen und diesen konzernweit den Kampf ansagen.“ Daimler-Solidarität über die Werke hinweg – das ist in dieser Situation dringlich. Weder Standortkonkurrenzlogik, noch Anbiederung an den Daimler-Vorstand hatten auf dieser Protestkundgebung eine Chance. Die gesamte Aktion war geprägt von solidarischem Zusammenstehen und

gemeinsamem Kämpfen. Auch nächste Aktionen wurden bereits angesprochen – es ist erst der Beginn der Auseinandersetzung und die KollegInnen sind bereit, noch eine Schippe drauf zu legen.



EUCOM-Verlegung – Chance für Wohnungsbau ...

Wenn man den Ankündigungen der derzeitigen US-Administration Glauben schenkt, so sind die Tage der US-Kommandozentralen EUCOM und AFRICOM in Stuttgart gezählt. Ein Grund zum Feiern für die Stuttgarter Bevölkerung, wird doch eine Fläche von insgesamt 184 Hektar, die bisher der militärischen Nutzung vorbehalten war, endlich frei!? Große Areale, die bereits erschlossen sind und für eine Wohnbebauung bestens verwendbar wären. Damit könnte die Wohnungsnot in Stuttgart merklich bekämpft werden. Soweit der Traum. Ob er Realität wird, hängt entscheidend vom Kräfteverhältnis ab. Hier auf die anstehenden OB-Wahlen zu hoffen, wäre naiv. Wer glaubt schon, dass die Kandidaten des bürgerlichen Lagers (ob die Grünen Kienzle, SPD-Körner oder CDU-Nopper, ...) außer Wahlversprechen etwas ändern werden? Selbst ein fortschrittlicher OB wie Hannes Rockenbauch müsste sich gegen eine Immobilienmafia durchsetzen, die kein Interesse an sozialem Woh-

nungsbau und sinkenden Mieten hat. Ohne massiven Druck aus der Bevölkerung wird sich da nichts ändern. Auch bei dieser Wahl gilt es, seine Stimme mit dem Wahlzettel nicht abzugeben, sondern zu erheben!

... und für Frieden?

Die Forderung der Friedensbewegung lautete „Eucom schließen“ - nicht verlegen. Aber das Eucom soll ins belgische Mons verlegt werden. Dort befindet sich bereits die militärische NATO-Kommandozentrale SHAPE (Supreme Headquarters Allied Powers Europe). Die Verlagerung dient nicht der Abrüstung, sondern der Effektivierung militärischer Strukturen, was auch US-General Tod Wolters, Chef vom EUCOM, NATO-Oberbefehlshaber und ausdrücklicher Befürworter einer flexiblen atomaren Erstschlagsstrategie, zugibt: „Wie Verteidigungsminister Esper bereits ausgeführt hat, sollen durch die beabsichtigten Um-

gruppierungen die Abschreckung Russlands verbessert, die NATO gestärkt und die strategische Flexibilität der US-Streitkräfte und des EUCOM erhöht werden.“ Das passt zu einer NATO-Strategie, die zunehmend aggressiver gegen Russland gerichtet ist. Dazu gehören permanente Manöver an der russischen Grenze, die Modernisierung der Atomwaffen, die Versuche, Belarus zu destabilisieren, oder jüngst Sanktionen gegen Russland aufgrund unbewiesener Schuldzuweisungen im Fall Nawalny.

Die Forderung bleibt: EUCOM und AFRICOM schließen! Runter mit der Rüstung!

Wir brauchen auch finanzielle Unterstützung. Stuttgart links, Handzettel und vieles andere kosten Geld. Auch für kleine Spendenbeiträge sind wir dankbar.
DKP Stuttgart, Spendenkonto: IBAN: DE03600501010002078906
BIC: SOLADEST600

BÜRGERMEISTERWAHL IN STUTT GART

Was sagt dazu die SDAJ Stuttgart?

Seit etwa vier Wochen sehen wir überall in der Stadt viele unterschiedliche Wahlplakate für die Oberbürgermeisterwahl am 8. November. Darauf sind viele unterschiedliche Gesichter mit teils mehr, teils weniger inhaltlichen Aussagen. Informationen, was die unterschiedlichen Kandidatinnen und Kandidaten für Standpunkte vertreten oder welche Dinge sie mit einbringen wollen, findet man kaum: Die Webseiten sind entweder voll mit hohlen Aussagen direkt aus der Werbeagentur oder Aussagen, die man als Jugendlicher kaum einordnen kann. Wir haben uns mit der Frage beschäftigt, was diese Wahl eigentlich bringt, wer eigentlich für was steht und welche Schlüsse wir daraus ziehen.

Warum gibt es eigentlich so viele KandidatInnen?

Der Oberbürgermeisterposten in Stuttgart ist mit großem Einfluss und ziemlich viel Geld verbunden: Hier haben einige der größten Konzerne (Süd-) Deutschlands ihren Hauptsitz, und die Landespolitik wird von hier aus gelenkt. Klar, dass das viele Parteien und Einzelbewerber interessiert, denn eine reiche Stadt bietet viele Möglichkeiten, die eigenen Interessen sowie die Interessen der jeweiligen Lobby (ob Wohnungsbau oder Autokonzern) sehr kostspielig durchzusetzen. Auch gilt immer wieder: Wer in Stuttgart regiert, tut das meistens dann auch auf Landesebene.

Für was stehen die Kandidaten denn so?

Das ist oftmals sehr unklar, da viele der Kandidaten offiziell Einzelbewerber sind oder mit inhaltslosen Worthülsen um sich werfen. Wir haben uns die Aussagen aber auch die Hintergründe der Kandidatinnen und Kandidaten natürlich angeschaut und merken: Praktisch alle sagen fast das Gleiche aus! Klimaschutz und Wohnungsnot werden nur zum Teil angesprochen, meistens kommen praktisch keine Lösungsvorschläge, sondern nur inhaltsleere Aussagen. Selten kommen mal wirk-

liche „Versprechen“ und die dienen auch nur zur Stimmungsmache im Wahlkampf.

Das Thema „Sicherheit“ wird seit den „Krawallnächten“ (hierzu hat Björn Blach von der DKP einen sehr guten Text geschrieben) vor allem dafür genutzt, institutionellen Rassismus zu legitimieren. Im Wahlkampf schreien hier vor allem Nopper (CDU), Kaufmann (AfD), und Ballweg (Querdenken) am lautesten nach strengen Regeln, Ausgehverboten für (migrantische) Jugendliche und noch mehr Polizei, als sowieso schon unterwegs ist. Die anderen KandidatInnen sind zwar nicht so deutlich, aber die Methoden gleichen sich sehr, es wird nur etwas „freundlicher“ ausgedrückt.

Gut, aber was genau heißt das für uns?!

Die OB-Wahl ändert an den eigentlichen Problemen (Wohnungsnot, teurer Nahverkehr, Klimaprobleme, Perspektiven für Jugendliche ...) kaum etwas. Die mit der Coronapandemie nochmal deutlich schneller ablaufende Wirtschaftskrise trifft Stuttgart wie alle anderen Städte und Gemeinden, daran ändert ein neuer Bürgermeister nichts. Zwar gibt es einen Kandidaten (Hannes Rockenbach), welcher für uns wohl am fortschrittlichsten ist und mit welchem wir auch an verschiedenen Punkten übereinstimmen. Aber wir sehen auch in verschiedenen Punkten Probleme. Wir finden es wichtig, die KandidatInnen vor und aber auch besonders nach der Wahl genau zu betrachten, und sie wenn möglich zu unterstützen, aber auch zu kritisieren, wenn dies nötig ist.

Als SDAJ sagen wir, dass unsere Interessen erst im Sozialismus vollkommen verwirklicht werden können. Wahlen sollte man nutzen, aber letztendlich geht es darum, aktiv zu werden. Denn erst wenn die Produktionsmittel vergesellschaftet und somit die Kontrolle darüber bei den ArbeiterInnen liegt, bewirken Wahlen auch erst wirklich etwas.

Mehr Infos zur Wahl: www.stuttgart.sdaj.org

WÄHLEN ALLEINE ÄNDERT NICHTS!

Als SDAJ geht es uns gar nicht so sehr um die Wahl, sondern darum, den Wahlkampf zu nutzen, um mit den Leuten zu diskutieren. Dabei wollen wir zum einen unsere Positionen vermitteln, zum anderen aber auch darüber reden, wie sich für uns langfristig etwas verändern lässt. Und das heißt für uns, dass man sich für seine Interessen einsetzen muss. Wahlen sind zwar auch ein politisches Kampffeld, das man nicht einfach dem Gegner überlassen sollte, ändern werden sie aber allein auch nichts. Denn Verbesserungen können wir nur gegen die Herrschenden durchsetzen, wenn wir uns zusammenschließen, organisieren und letztendlich zusammen gegen den Kapitalismus kämpfen.

In den kommenden Monaten wollen wir zu den Wahlen aktiv werden und diskutieren, wie wir uns ein gutes Stuttgart vorstellen. Du hast Lust, dabei zu sein? Dann melde dich bei uns!

